Mittwoch, 16. Mai 2018 Heute mit Stellenmarkt

BZ BERNER ZEITUNG

BZBERNERZEITUNG.CH



JUSTIZINITIATIVE

Bundesrichter per Losentscheid

Unternehmer Adrian Gasser lancierte gestern mit Mitstreitern die Justizinitiative. Diese will, dass Bundesrichter künftig per Los bestimmt werden. SEITE 11

GERICHT

Gefängnis unbedingt für falsche Polizisten

Das Wirtschaftsstrafgericht hat zwei Georgier zu unbedingten Gefängnisstrafen verurteilt. Sie waren Teil des Betrugssystems mit falschen Polizisten. SEITE 2

LITERATUR

Seltsam und faszinierend

Der Bieler Autor Patrick Savolainen hat ein merkwürdiges Buch geschrieben. SEITE 23



AZ Bern, Nr. 112 | Preis: CHF 4.20 (inkl. 2,5% MwSt) AUSGABE STADT + REGION BERN

Heute 8°/15°
Der Tag zeigt sich meist bewölkt mit einzelnen Schauern oder Gewittern.

Morgen 9°/16°
Zeitweise scheint die Sonne, es sind aber auch Gewitter möglich. SEITE 30

STADT BERN

Niemand will ans Merkurgässli

Auf der Rückseite der Laupenstrasse liegt ein Plätzchen verborgen mit Potenzial zur Piazza. Private Bestrebungen dafür gibt es schon eine Weile. Wegen harziger Mietersuche, Einsprachen und endloser Baustellen kommt die Aufwertung nicht recht in Gang. SEITE 4

KESB

Kritiker lancieren Initiative

Weniger Macht den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb): Das verlangen Kesb-Kritiker um SVP-Nationalrat Pirmin Schwander mit einer Volksinitiative. Die Initianten stellten die Kesb gestern vor den Medien als monströse Behörden dar. SEITE 11

LITERATUR

Trauer um Tom Wolfe

«Fegefeuer der Eitelkeiten» war sein grösster Erfolg, ein Weltbestseller. Und spätestens seit diesem Roman schieden sich an Tom Wolfe die Geister – weil der US-Autor ein ebenso genialer Schriftsteller wie eitler Selbstdarsteller war. Jetzt ist Wolfe 87-jährig in New York gestorben. SEITE 25

WAS SIE WO FINDEN

Börse 16
Unterhaltung 21
FORUM 27
Agenda 29
Kinos 30
TV/Radio 31

Anzeigen:

Stellenmarkt 10
Todesanzeigen 28

WIE SIE UNS ERREICHEN

Zentrale 031 330 31 11
Abo-Service
..... 0844 844 466 (Lokaltarif)
Redaktion Bern 031 330 33 33
Redaktion E-Mail
..... redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen 031 330 33 10
Leserbilder, SMS 4488

BZ BERNER ZEITUNG

9 771422 987002 30020

Bellinzonas Ratschläge für Berner Gemeindefusionen

TESSIN/BERN Kann Bern von Bellinzonas Fusionseifer lernen? Bis zu einem gewissen Grad schon, sagt Mario Branda, Stadtpräsident von Bellinzona, das eine Grossfusion hinter sich hat.

Wenn im urbanen Raum eine grössere Gemeindefusion gelingen solle, dann müsse sie getragen sein von einem frischen Geist, einer Aufbruchsidee für eine neue Stadt. Sonst, sagt Bellinzonas Stadtpräsident Mario Branda (SP), könne er sich nicht vorstellen, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner für eine Zusammenlegung von Gemeinden erwärmen könnten.

Branda, der heute Abend in Bern auftritt, weiss, wovon er redet. Bellinzona hat mit zwölf Agglomerationsgemeinden fusioniert. Seit einem Jahr steht Branda nicht mehr an der Spitze der schläfrigen Kantonshauptstadt. Er ist jetzt Sindaco von Nuova Bellinzona mit 44 000 Einwohnern, das, beflügelt vom Gotthard-Basistunnel, wirtschaftlich vorwärtsmachen will. Für Branda ist die Gemeindefusion vor allem ein mächtiges Signal, dass man die Trägheit der Verwaltungsstadt hinter sich lassen will.

Diesen Gedanken könnte man sich in Bern zu Herzen nehmen. Branda rät seinem Amtskollegen Alec von Graffenried, in gute Beziehungen zu den Präsidenten der Agglo-Gemeinden zu investieren. Für ein Fusionsprojekt sei das zentral. *jsz* SEITE 2+3

Die Schweiz hält dem Druck stand



Foto: Keystone

EISHOCKEY Die Schweizer Nationalmannschaft hat an der WM in Kopenhagen die Pflicht erfüllt: Nach dem 5:1-Sieg gegen Frankreich im letzten Gruppenspiel steht die Equipe von Trainer Patrick Fischer im Viertelfinal. In diesem trifft die Schweiz am Donnerstag in Herning auf Finnland. Dabei wird es zu einer Premiere kommen, haben sich Schweizer und Finnen doch noch nie in einer K.-o.-Partie gegenübergestanden.

Nach dem Auftritt gegen die Franzosen zeigte sich Fischer zufrieden: «Wie schon vor einem Jahr war der Druck vor dem Turnier gross. Wir hielten dem aber stand. Das freut mich vor allem für die Spieler.» *tdb* SEITE 17

Neue Töne von Thomas Fuchs

STADT BERN Der neue städtische SVP-Präsident Thomas Fuchs gibt sich im Interview überraschend moderat. Seine Partei müsse sich wandeln, wenn sie in der Stadt bestehen wolle, so Fuchs.

Macht Thomas Fuchs die SVP der Stadt Bern urban und anschlussfähig zur Mitte hin? In seinem ersten Interview als Parteipräsident versucht Alt-Stadt-, -Gross- und -Nationalrat Fuchs jedenfalls, diesen Eindruck zu erwecken. Wenn sich seine Partei nicht für städtische Themen öffne, lande sie in Bern irgendwann bei 5 Prozent Wähleranteil, sagt der 52-Jährige. Er warne davor, sich Illusionen zu machen, dass sich die Stärkeverhältnisse in der Stadt in nächster Zeit gross ändern würden. «Umso mehr finde auch ich, dass wir versuchen müssen, ein Bürgerlich-Grün-Mitte-Bündnis zu schmieden.» Dabei gelte es, das übergeordnete Interesse aller Parteien rechts von Rot-Grün-Mitte im Auge zu haben, so Fuchs. Dennoch kommt er nicht ganz ohne Konfrontation durchs Gespräch: Der FDP wirft er vor, sich mit ihrem Ja zum Sanierungskredit für die Grosse Halle links anzubiedern. *hae* SEITE 7

Vineyard muss gehen

STADT BERN Der Mietvertrag zwischen der Stadt und der Freikirche Vineyard für die Räume im vierten Stock des Kornhauses läuft im Sommer 2019 aus – und wird von der Stadt nicht verlängert. Sie möchte, dass die Räume künftig kulturell und öffentlich genutzt werden, lässt diese verlauten. Entsprechende Gespräche seien im Gang. *hae* SEITE 8

Seilbahnen wollen Geld

INFRASTRUKTUR Bergbahnen beantragen Millionen aus Bern. Das ist heikel, weil es auch um touristische Angebote geht.

In Bellwald überlegt man sich, für den Neubau einer Seilbahn Bundesgelder zu beantragen. Von der neuen Seilbahn würde auch die lokale Bevölkerung profitieren. Vor allem aber soll sie den Tourismus ankurbeln. Wie aus den Planungsunterlagen ersichtlich ist, rechnet man in Bellwald mit Geldern aus Bern, da es sich um «ein Fabi-Projekt» handelt. «Fabi» steht für eine Abstimmungsvorlage, welche das Stimmvolk 2014 angenommen hat. Damit ist ein neuer Fonds geschaffen worden. Das Geld soll für den Ausbau der Bahninfrastruktur genutzt werden. Dass nun auch einige Seilbahnen Anrecht auf Geld aus dem Fonds haben, ist überraschend – gemäss Verfassungstext zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs jedoch korrekt. Denn dort sind auch Seilbahnen erwähnt. Umstritten sind die Mitfinanzierungen dennoch. Denn die Bundesgelder sollen den öffentlichen Verkehr fördern und nicht den Tourismus. *dy/eme* SEITE 15

Mais gegen Fahrende

WILEROLTIGEN Nach der grossen Aufregung um die Fahrenden sorgt Wileroltigen vor. Auf dem Land direkt am Autobahnparkplatz, wo noch letztes Jahr eine Matte zur Rast lud, spriesst nun der Mais. Die Parzelle wird in diesem Jahr von einem neuen Bauern bewirtschaftet, und dieser hat hier kurzerhand gepflügt und angesät. Die Absicht dahinter: Wenn der Boden weich und mit einer rasch wachsenden Kultur bestückt ist, können die Fahrenden mit ihren grossen und schweren Wohnwagen nicht mehr haltmachen. *skk* SEITE 2

ANZEIGE

Laaaaaangzeitgymnasium

Neu ab August

Nach der Primarstufe direkt ans Gymnasium.

www.feusi.ch ;feusi

Maisfeld soll Fahrende fernhalten

WILEROLTIGEN Die Matte ist umgepflügt, statt Gras wächst jetzt Mais: Wileroltigen will verhindern, dass die Fahrenden auf der Parzelle direkt am Autobahnparkplatz erneut halt machen.



Dieses Jahr wächst hinter dem Autobahnparkplatz Mais. *Foto: Nicole Philipp*



Letztes Jahr lud auf der gleichen Parzelle eine Matte zur Rast. *Foto: Christian Pfander*

Der Eintrag auf der Website der Gemeinde Fraubrunnen erinnerte in vielem an die vielen Nachrichten, die letztes Jahr derart für Schlagzeilen sorgten. Ausgangs Etzelkofen in Richtung Iffwil, war da vor zwei Wochen zu lesen, hätten sich Fahrende niedergelassen. Die aktuell rund 14 Wohnwagen mit französischen Nummernschildern befänden sich auf einem privaten Grundstück. Die Eigentümer hätten dazu ihre Einwilligung gegeben.

Die Saison der Fahrenden, die auf der Suche nach Arbeit vom Ausland her in die Schweiz kommen, geht wieder los. Und damit steigt besonders dort, wo es Probleme gegeben hat, die Nervosität. Allem voran in Wileroltigen, wo auf einer Matte direkt am Autobahnparkplatz zeitweise bis zu 500 Roma aus Frankreich und Spanien halt machten.

Herumliegende Abfälle und Fäkalien erregten Unmut im Dorf, für Verunsicherung sorgte weiter das laute Auftreten der in vielem so fremdartigen Gruppen. Das Fass zum Überlaufen brachte allerdings die Nachricht, der Kanton wolle genau auf dieser Matte einen definitiven Transitplatz für ausländische Fahrende einrichten. Der Bund als Eigentümer biete dazu Hand – nun schlug die allgemeine Verärgerung in offene Ablehnung um.

Bewirtschafter für ein Jahr

Noch ist der Kanton weit davon entfernt, seine Pläne umzusetzen. Trotzdem gingen in Wileroltigen schon vor Jahresfrist viele davon aus, dass auch heuer Fahrende auf die von allen Seiten gut erreichbare Matte an der Autobahn ziehen werden. Deshalb haben sie nun vorgesorgt: «In stetigem Austausch» mit dem zuständigen Bundesamt für Strassen (Astra) sei man übereingekommen, zu pflügen und dann Mais anzusäen, erklärt Gemeindepräsident Hinnerk Semke.

Ausgeführt hat diese Arbeiten der Bauer, der das Land im Moment nutzt. Das Astra hat die Bewirtschaftung für ein Jahr neu vergeben, und auch hier war die Gemeinde involviert. Total hätten sich fünf Interessenten gemeldet, sagt Semke. «Am Schluss wurde per Los entschieden, wer den Zuschlag bekommt.»

Die Absicht ist klar. Wenn der Boden weich ist und eine rasch wachsende Kultur den Zugang versperrt, werden die Fahrenden einen grossen Bogen um die Parzelle machen. Mit ihren grossen und schweren Wohnwagen würden sie nur stecken bleiben.

Allseits zurückhaltend

Dem Bürgerkomitee, das sich im letzten Jahr als Bewegung gegen die Pläne des Kantons gebildet hat, wird das nur recht sein. Auch wenn sich zurzeit kein Mitglied öffentlich zur Matte an der Autobahn äussert– zu wichtig ist allen die Gemeindeversammlung von nächster Woche: Sie wird in einer Konsultativabstimmung zum Transitplatz Stellung beziehen– und wohl Nein sagen.

Und die Fahrenden mit ihren Interessensverbänden? Sie müssen auf der einen Seite zur Kenntnis nehmen, dass nun ein potenzieller Platz wegfällt, können auf der anderen Seite aber froh sein, dass sich damit ein neuerlicher Aufschrei aus Wileroltigen vermeiden lässt. Was für sie schwerer wiegt, bleibt ebenfalls offen. Gestern war zu dieser Frage von ihrer Seite keine Auskunft zu bekommen. *Stephan Künzi*

Falsche Polizisten bleiben hinter Gittern

GERICHT Es gab kein Geld von der Seniorin, dafür klickten die Handschellen: Das Wirtschaftsstrafgericht hat zwei falsche Polizisten zu unbedingten Haftstrafen von 14 und 12 Monaten verurteilt. Die zwei Georgier bleiben in Sicherheitshaft.

Die ganze Nacht waren sie durchgefahren. Am späten Sonntagabend waren sie in Bremen gestartet mit dem Ziel Schweiz. Am Montagnachmittag, 8. Januar, war ihre Reise zu Ende. Im Berner Kirchenfeldquartier wurden die beiden in Deutschland lebenden Georgier verhaftet.

Der ältere der beiden Freunde hatte zuvor bei einer Frau zweimal geklingelt, um angeblich im Auftrag der Polizei 40 000 Franken abzuholen. Die Seniorin war von zwei Personen von der Nummer +41 117 angerufen und gewarnt worden. Bei ihr stehe ein Einbruch bevor, und das Geld auf ihrem Bankkonto sei nicht mehr sicher. Das wisse man aufgrund von gefundenen Unterlagen, sagte der Mann am Telefon, der sich als Mitarbeiter der Wache Kirchenfeld ausgab. Die gut 80-jährige Frau wurde misstrauisch, als es klingelte. Sie verlangte einen Ausweis, der Mann zog von dannen, kam aber nicht weit.

Unterschiedliche Rollen

Gestern mussten sich die beiden Georgier vor dem Wirtschaftsstrafgericht wegen versuchten Betrugs verantworten. Sind die beiden nun Mitglieder einer international operierenden Bande, wie das der Staatsanwalt sah? Oder waren sie in die Schweiz gereist, um sich Occasionsautos anzuschauen, wie die zwei Verteidiger argumentierten? Für Einzelrichterin Barbara Lips war der Fall eindeutig: Die beiden Angeschuldigten gehören einer Bande an und waren nicht mit lauteren Absichten in die Schweiz gereist. Sie hätten bereits bei ihrer Abfahrt gewusst, dass sie in der Schweiz in etwas Illegales verwickelt sein werden, so Lips.

Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu unbedingten Gefängnisstrafen. Den älteren zu 14 Monaten, den jüngeren zu 12 Monaten. Zudem gab es je einen dreijährigen Landesverweis. Lips berücksichtigte die unterschiedlichen Rollen. Während der 43-Jährige in direktem Kontakt mit den Hintermännern und dem Opfer stand, war der 40-Jährige Chauffeur und Aufpasser, ein klassischer Gehilfe. Wobei er beim Schmierestehen zwei echte Polizisten in Zivil nicht erkannte.

Vermutlich handelten die zwei Georgier im Auftrag des Miri-Clans in Deutschland, der die Eigenschaften der organisierten Kriminalität aufweist. Der Ältere gab jedenfalls an, dass sein direkter Auftraggeber Mitglied dieses Clans sei. Er sei beauftragt worden, in der Schweiz 50 000 bis 80 000 Franken abzuholen, die aus der Türkei stammten. Für die Richterin war diese Aussage nicht glaubhaft.

Wichtiger Teil des Systems

Als sogenannte «Abholer» hätten sie eine wichtige Rolle im ganzen Betrugssystem, sagte die Gerichtspräsidentin. Sie müssten die Beute holen und stünden in direktem Kontakt mit dem Opfer.

Staatsanwalt Rolf Rüdisser war mit den unbedingten Strafen zufrieden. Er hatte 18 Monate unbedingt gefordert, um ein starkes Zeichen zu setzen gegen diese «perfiden Machenschaften». Die Verteidiger verlangten einen Freispruch. Ihren Mandanten könne nicht nachgewiesen werden, dass sie von Anfang an in den Betrugsplan eingeweiht waren. Der Vorwurf entspringe der «blühenden Fantasie» des Staatsanwalts, er wolle die Vorgehensweise aus anderen Fällen auf die zwei Georgier projizieren, sagte einer der beiden Verteidiger.

Wegen Fluchtgefahr verlängerte das Wirtschaftsstrafgericht die Sicherheitshaft. Beide Angeklagten haben zahlreiche Vorstrafen in Deutschland. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. *Hans Ulrich Schaad*

500 MELDUNGEN, 5 VERHAFTETE

In Deutschland kenne man die Masche mit den falschen Polizisten seit langem, sagte Staatsanwalt Rolf Rüdisser vor Gericht. **Im letzten Dezember habe das Phänomen** – eine Weiterentwicklung des Enkeltricks – **Bern erreicht.** Es habe zahlreiche Anrufe von manipulierten Nummern aus gegeben. Bei der Kantonspolizei sind rund 500 Meldungen über falsche Polizisten eingegangen, erklärt die Medienstelle. Die Polizei konnte neben den zwei Georgiern Ende Januar noch drei weitere Verdächtige festnehmen. Diese müssen sich voraussichtlich im Sommer vor Gericht verantworten. **Die falschen Polizisten sind schweizweit weiterhin aktiv.** Vergangene Woche erbeuteten sie im Kanton Luzern mehrere Zehntausend Franken. *hus*

MARIO BRANDA STADTPRÄSIDENT

«Die Fusion

In einem der grössten Gemeindefusionsprojekte der Schweiz haben sich im Tessiner Grossraum Bellinzona 13 Gemeinden zu einer neuen Stadt zusammengeschlossen. Kann Bern von Bellinzona lernen? Sindaco Mario Branda hat ein paar Ratschläge für Berns Stadtpräsidenten Alec von Graffenried parat.

Herr Branda, Sie waren schon Präsident des alten Bellinzona, das 18 000 Einwohner hatte. Jetzt sind Sie seit rund einem Jahr Stadtpräsident von Nuova Bellinzona. Wie fühlt es sich an, Sindaco von 44 000 Einwohnern zu sein?
Mario Branda: Unter dem Strich klar positiv. Persönlich überrascht mich, wie engagiert die Gemeindeangestellten mitziehen. Sicher können Sie sich vorstellen, dass es eine grosse Übung ist, die Verwaltungen von 13 Gemeinden zusammenzuführen. Da ist viel Flexibilität gefordert. Wir haben eine Garantie abgegeben, dass alle Angestellten weiterarbeiten können. Aber einige erhalten eine neue Aufgabe oder einen anderen Arbeitsort.

Das gibt Ärger?
Ich stelle fest, dass die Bereitschaft der Angestellten gross ist, sich für das neue Bellinzona zu verändern. Allerdings will ich nicht verschweigen, dass wir in anderen Bereichen noch längst nicht sind, wo wir hinwollen.

Wo liegen die Probleme?
Wer in Bellinzona an einen Schalter der Gemeinde geht oder anruft, sollte aus einer Hand die Auskünfte bekommen, die er oder sie benötigt. Das ist unser Ziel. Noch geschieht es zu oft, dass es entweder sehr lange dauert, bis man die Informationen erhält, oder dass niemand zu wissen scheint, wer für das Anliegen zuständig ist. In der fusionierten Verwaltung Abläufe und Zuständigkeiten zu klären und zu organisieren, braucht eine längere Anlaufzeit, als wir uns das vorgestellt hatten.

Als über die Fusion abgestimmt wurde, kam in den 13 Gemeinden, die für die Fusion waren, ein Ja-Stimmen-Anteil von gut 60 Prozent zustande. Es gab lautstarke Gegner, die bis vor Bundesgericht zogen. Wie verhalten sich diese heute?
Die Gegner befürchten, dass von der Fusion vor allem das Zentrum profitiert, während die Quartiere an der Peripherie vergessen gehen. Das ist natürlich ein Thema, um das wir uns sehr kümmern. Heute machen die Fusionsgegner auf alles aufmerksam, was noch nicht optimal läuft. Aber ich habe nicht den Eindruck, sie seien zahlreicher oder lauter geworden.

Die Stadtregierung tourt durch die Säle früherer Gemeinden, die heute Stadtquartiere sind. Interessieren sich die Einwohner von Giubiasco, Monte Carasso oder Gudo für die Stadt Bellinzona, zu der sie jetzt gehören?
Und wie! Die Bürgerbeteiligung ist ein Fundament des neuen Bellinzona. Wir haben solche Meetings in den Gemeinden schon in der Phase, als wir auf die Fusion hinarbeiteten, durchgeführt. Was mich überrascht: Die Säle sind jetzt, nach der Fusion, besser besetzt als damals und meistens ziemlich voll. Die Leute fühlen sich als Teil der fusionierten Stadt und wollen mitreden.

Aber eine Fusion ist ein Angriff auf die Identität der Leute, weil die Gemeinde, in der sie verwurzelt sind, verschwindet und von der fusionierten Stadt geschluckt wird.
Identität ist ein absolut zentraler Punkt, dem wir in der Vorbereitung der Fusion besondere Beachtung schenkten. Beispielsweise wurde frühzeitig eine Wertecharta erarbeitet, eine Art Verfassung, die wir Carta dei Valori nennen. Mitglieder aller Gemeinden haben sich beteiligt. Gerechtigkeit und Gleichheit sind zentrale Werte, alle Gemeinden, egal ob klein oder gross, beteiligten sich gleichberechtigt am Fusionsprozess.

Im Alltag werden schöne Worte schnell zu leeren Hülsen. Was tun Sie im neuen Bellinzona konkret, um die lokale Identität zu stärken?
Grundlegend ist, dass Vereine, Gruppen und Organisationen, die in den Gemeinden zuvor das Gesellschaftsleben prägten, diese Rolle im fusionierten Bellinzona weiter wahrnehmen. Sie können bei der Stadt auch finanzielle Unterstützung beantragen. Die Einwohner früher eigenständiger Gemeinden wie Monte Carasso, Claro oder Preonzo, die eher am Rand von Nuova Bellinzona liegen, sollen ihr lokales Eigenleben weiter pflegen. Unbedingt. Aber im Unterschied zu früher können sie nun demokratisch mitreden, bei Verkehrs- und Entwicklungsfragen, die sich vielleicht beim Bahnhof im Zentrum Bellinzonas stellen, aber eben alle betreffen.

Im Grossraum Bern hätten viele eher bürgerlich geprägte Agglomerationsgemeinden Mühe, mit der ausgeprägt rot-grünen Stadt Bern zu fusionieren. Wie moderieren Sie als SP-Stadtpräsident die politischen Berührungsängste?
Die politische Landkarte im Grossraum Bellinzona zeigt nicht sehr grosse Differenzen. Dominante Partei in den meisten Gemeinden ist die FDP. Das bedeutete indes nicht unbedingt, dass man sich immer einig war. Entscheidend für den Fusionsprozess war, dass sich alle Parteien hinter die Idee stellten, aus Bellinzona eine schlagkräftigere, dynamischere, neue Stadt zu machen, und für dieses Ziel ihre individuellen Machtansprüche zurückstellten.

Gibt es das? Parteien, die ihre Machtansprüche zurückstellen?
(Lacht) Die FDP akzeptierte die Möglichkeit, am Ende nicht den Stadtpräsidenten in Nuova Bellinzona zu stellen. Die Linke, die im alten Bellinzona stark war, nahm in Kauf, in Nuova Bellinzona etwas an Einfluss zu verlieren.

Zu den hartnäckigsten Fusionshindernissen gehören unterschiedliche Steuersätze in den Gemeinden. Wie gingen Sie mit der Frage der Finanzen um?
Diese Problematik ist im Grossraum Bellinzona weniger ausgeprägt. Unter dem Strich kann man sagen, dass sich die Steuerbelastung im neuen Bellinzona im Unterschied zu früher nur unwesentlich verändert hat.

Mit der Fusion besteht Sparpotenzial in der Verwaltung, die nun, Lehrerinnen und Lehrer inbegriffen, rund 1400 Personen umfasst.
Die Fusion in Bellinzona ist kein Sparprojekt. Wir wollen mehr Kraft. Uns ist klar geworden, dass wir die Ressourcen zusammenlegen müssen, um eine kritische Grösse zu erreichen und zum Beispiel anspruchsvolle Planungs-

in Bellinzona ist kein Sparprojekt»



Optimistischer Steuermann einer ambitionierten Fusionsstrategie: Mario Branda (SP), Stadtpräsident der vergrösserten Stadt Bellinzona, findet, mit ihrer lähmenden Verwaltungslastigkeit seien sich Bern und Bellinzona ziemlich ähnlich. *Foto: Remy Steinegger*

«Hinter einer Fusion muss die Idee einer neuen Stadt, eines neuen Geistes stehen. Daran muss man arbeiten. An der Vision einer Stadt, die sich neu positionieren will, die ihre Trägheit überwinden will.»

Mario Branda

MEISTER DER FUSIONEN

Man könnte den Tessiner SP-Politiker **Mario Branda** (58), Anwalt und seit 2012 Stadtpräsident von Bellinzona, als **Schweizer Meister im Fusionieren** von Gemeinden bezeichnen. Der Zusammenschluss von 12 teilweise kleinen Agglomerationsgemeinden mit der Stadt zum urbanen **Nuova Bellinzona,** in dem 44 000 Einwohner leben, gehört zu den **spektakulärsten Fusionsgeschichten** der Schweiz.

Gestartet wurde das Fusionsprojekt 2012, damals mit 17 Gemeinden. 4 davon lehnten in einer konsultativen Volksabstimmung 2015 den Zusammenschluss ab. Wirklichkeit ist die Fusion **seit April 2017,** als die ersten Gesamtgemeindewahlen stattfanden und Branda trotz FDP-Dominanz deutlich als **Sindaco** (Gemeindepräsident) bestätigt wurde.

Eine entscheidende Rolle spielt der **Kanton Tessin,** der, angeführt vom zuständigen Regierungsrat **Norman Gobbi** (Lega dei Ticinesi), eine **furiose Fusionsstrategie** vorantreibt. 2001 hatte das Tessin 245 Gemeinden, heute sind es noch 115. Zukunftsfähig ist das Tessin nach Ansicht der Regierung, wenn die **Zahl der Gemeinden auf 27 reduziert** ist. Der Kanton fördert die Fusionen finanziell: In den Zusammenschluss in Bellinzona fliessen knapp **50 Millionen Franken.** *jsz*

und Bauprojekte selber bewältigen zu können. Die Stadtverwaltung wird kompetenter, wir werden weniger externe Mandate vergeben. Vor allem aber wird sich Bellinzonas Position im Standortwettbewerb verbessern.

Wie Bern ist die Tessiner Kantonshauptstadt Bellinzona eine Verwaltungsstadt …

…esattamente! Und die Fusion ist eine Massnahme, mit der wir Gegensteuer geben wollen. In den letzten 50 Jahren war Bellinzona zu stark von der Verwaltung abhängig, das hat die ökonomische Entwicklung gebremst. Mit der Fusion schaffen wir nun die Grundlage für mehr wirtschaftliche Dynamik.

Wie genau?

Ein Beispiel: Im Moment wird in Bellinzona für über 60 Millionen Franken ein Forschungscampus gebaut, der ab 2020 renommierte Forschungsinstitute für Biomedizin, Onkologie und Neurologie beherbergen wird. Das ist ein Ort, der innovative Leute anziehen wird, zumal die Erreichbarkeit Bellinzonas durch den Alptransit stark verbessert ist. Start-ups im boomenden Bereich der Life Sciences werden entstehen. Als grosse Stadt sind wir nun gut aufgestellt, um diesen Prozess zu unterstützen.

Steckt hinter der Fusion von Nuova Bellinzona eine Wachstumsidee?

Tatsache ist, dass wir in Nuova Bellinzona mit 42 000 Einwohnern rechneten. Jetzt haben wir schon über 44 000 Einwohner. Wo man hinblickt, sieht man in Bellinzona Baukräne. Es kann schnell passieren, dass einem die Entwicklung entgleitet. Es ist eine Herausforderung für das neue Bellinzona, das Wachstum in den Griff zu bekommen.

Der Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried ist ein Freund der Vision einer fusionierten Grossstadt Bern. Was raten Sie ihm?

Alec ist ein Experte. Er braucht keine Ratschläge von mir.

Sie haben praktische Fusionserfahrung, er nicht.

Vielleicht zwei Gedanken: Für unseren Fusionsprozess in Bellinzona war es sehr hilfreich, dass wir unter den Präsidenten der fusionswilligen Gemeinden ein sehr gutes Vertrauensverhältnis hatten. Ohne das wäre es schwierig geworden.

Der zweite Gedanke?

Ich glaube, eine Fusion kann nicht gelingen, wenn sie darin besteht, dass sich die Kernstadt bloss vergrössern will. Hinter einer Fusion muss die Idee einer neuen Stadt, eines neuen Geistes stehen. Daran muss man arbeiten.

An einer Vision?

Ja. An der Vision einer Stadt, die sich neu positionieren will, die ihre Trägheit überwinden will. Dazu braucht es den Beitrag jeder einzelnen Gemeinde, die an der Fusion teilnimmt. Anders kann ich mir nicht vorstellen, dass ein Fusionsprojekt die Bürgerinnen und Bürger überzeugt.

Interview: Jürg Steiner

Öffentliche Diskussion:
Was kann Bern von Bellinzona lernen? Heute Mittwoch, 16. Mai, 19.30 Uhr, referiert Mario Branda im Kornhausforum in Bern auf Einladung der Stadt Bern und des Vereins «Bern neu gründen». Anschliessend Podiumsdiskussion mit Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) und Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP). Eintritt frei.